

Arbeitsgruppe Anerkennung -
gegen Genozid,
für Völkerverständigung e.V.
c/o Dr. Tessa Hofmann

20. Februar 2004

Pressemitteilung

Arbeitsgruppe verurteilt brutalen Mord an einem Armenier auf NATO-Veranstaltung

Eindeutige Verurteilung auch seitens deutscher Bundesregierung gefordert

Berlin - Die Arbeitsgruppe Anerkennung – gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V. (AGA) verurteilt aufs Schärfste den am frühen Morgen des 19. Februar im Rahmen einer Übungsveranstaltung des NATO-Programms „Partnerschaft für Frieden“ in Budapest begangenen Mordes an einem armenischen Militärangehörigen. Dem im Schlaf überfallenen Opfer - der 26jährige Gurgen Markarjan – wurde von einem aserbaidischen Teilnehmer, dem 27jährigen Leutnant Ramil Safarow, der Kopf fast vollständig mit einem Beil abgehackt. Der Anschlag auf einen weiteren armenischen Kursteilnehmer konnte abgewendet werden.

Die AGA bewertet dieses äußerst heimtückische und nach Angaben der ungarischen Polizei überdurchschnittlich brutale Gewaltverbrechen als Folge des verantwortungslosen Verhaltens der aserbaidischen Staatsführung und Spitzenpolitiker, deren fortgesetzte Brandreden hier zur Tat wurden. Das Verbrechen steht in der Tradition organisierter Massengewalt gegen die armenische Minderheit Aserbaidschans, die 1988 bis 1990 zur Flucht von Hunderttausenden geführt hat. Statt die diesen Massenverbrechen zugrundeliegenden rassistischen und religiösen Vorurteile aufzuarbeiten und zu bekämpfen, hat die aserbaidische Staatsführung deren Instrumentalisierung bei innen- und aussenpolitischen Krisen geduldet und sogar aktiv verstärkt. Dem Verbrechen R. Safarows ging die Weigerung Aserbaidschans voraus, drei armenische Offiziere an einer Veranstaltung der „Partnerschaft für Frieden“ in Baku teilnehmen zu lassen. Eine Unterordnung der armenischen Bevölkerung Berg-Karabachs unter die Staatsgewalt Aserbaidschans halten wir angesichts der in Aserbaidschan gefährlich gesteigerten Gewaltbereitschaft für vollständig unreal. Die AGA erwartet von der Bundesregierung eine umgehende und eindeutige Verurteilung des in Budapest begangenen Gewaltverbrechens. Dies wird nach unserer Überzeugung die Regierungen und die Gesellschaft Armeniens sowie Bergkarabachs darin bestärken, weiterhin besonnen auf den jüngsten Ausbruch roher Gewalt und eines fehlgeleiteten Nationalismus zu reagieren und wird die politisch Verantwortlichen in Armenien und Berg-Karabach ermutigen, ihre Politik des Konflikt- und Gewaltabbaus fortzusetzen.